

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	XVII
Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur	XXI
Schrifttum zum Allgemeinen Teil des BGB	XXIII

1. Kapitel. Einführung in das Privatrecht

§ 1. Recht und Rechtsquellen	1
I. Das Recht	1
1. Die Struktur des Rechts	1
2. Die Aufgabe des Rechts	1
II. Die Rechtsquellen	2
1. Rechtsprinzip und Rechtssatz	2
2. Gesetztes Recht und Gewohnheitsrecht	2
3. Richterrecht und Verkehrssitte	4
§ 2. Privatrecht und öffentliches Recht	5
I. Die Abgrenzung und ihre Bedeutung	5
II. Die Einteilung des Privatrechts und des öffentlichen Rechts	6
1. Die Gebiete des Privatrechts	6
2. Die Gebiete des öffentlichen Rechts	7
III. Das Zusammenwirken von Privatrecht und öffentlichem Recht	8
§ 3. Das bürgerliche Recht	9
I. Das Bürgerliche Gesetzbuch als Grundlage des bürgerlichen Rechts	9
1. Die Entstehung des BGB	9
2. Die geistigen, politischen und wirtschaftlichen Grundlagen des BGB	10
3. Aufbau und Inhalt des BGB	12
4. Sprache und Regelungstechnik des BGB	12
5. Inhaltliche Einteilung der Normen des BGB	14
II. Die Fortentwicklung des bürgerlichen Rechts	16
1. Das Kaiserreich	16
2. Die Weimarer Republik	17
3. Die nationalsozialistische Herrschaft	17
4. Die Besatzungszeit	18
5. Die Entwicklung in der ehemaligen DDR	18
6. Die Entwicklung in der Bundesrepublik	18
7. Der Einfluss des Unionsrechts auf das Bürgerliche Recht	20
III. Der Geltungsbereich des Bürgerlichen Gesetzbuchs	23
1. Der sachliche Geltungsbereich	23
2. Der zeitliche Geltungsbereich	23
3. Der räumliche Geltungsbereich	24
§ 4. Anwendung, Auslegung und Fortbildung des Privatrechts	25
I. Die Rechtsanwendung im Allgemeinen	25
1. Ermittlung eines für den Lebenssachverhalt in Betracht kommenden Rechtssatzes	25

2. Prüfung, ob der Lebenssachverhalt den Tatbestand der Rechtsnorm erfüllt (Subsumtion)	25
3. Feststellung der sich daraus ergebenden Rechtsfolge	26
II. Die Rechtsanwendung im Prozess	26
1. Die Stellung des Richters	26
2. Die Aufgabe des Richters im Prozess	26
III. Die Gesetzesauslegung	27
1. Die Notwendigkeit der Gesetzesauslegung	27
2. Das Ziel der Gesetzesauslegung	28
3. Die Methoden der Gesetzesauslegung	28
4. Die Berücksichtigung übergeordneter Rechtsnormen bei der Auslegung	30
IV. Die Rechtsfortbildung	30
1. Ausfüllung von Gesetzeslücken	30
2. Gesetzesübersteigende Rechtsfortbildung	32

2. Kapitel. Die Rechtsgeschäftslehre

§ 5. Grundlagen und Grundbegriffe der Rechtsgeschäftslehre	33
I. Der Grundsatz der Privatautonomie	33
1. Die Bedeutung der Privatautonomie	33
2. Die Schranken der Privatautonomie	34
II. Die Lehre vom Rechtsgeschäft und von der Vertrauenschaftung	36
III. Die Grundbegriffe der Rechtsgeschäftslehre	37
1. Begriff und Bedeutung des Rechtsgeschäfts	37
2. Tatbestand und Wirksamkeit des Rechtsgeschäfts	37
3. Geschäftähnliche Handlung und Realakt	38
IV. Die Einteilung der Rechtsgeschäfte	39
1. Einseitige und mehrseitige Rechtsgeschäfte	39
2. Rechtsgeschäfte unter Lebenden und von Todes wegen	39
3. Vermögensrechtliche und personenrechtliche Rechtsgeschäfte	40
4. Verpflichtungs- und Verfügungsgeschäfte	40
5. Treuhandgeschäfte	44
6. Verbraucherverträge	44
§ 6. Die Willenserklärung	47
I. Begriff und Arten der Willenserklärung	47
1. Der Begriff der Willenserklärung	47
2. Die Arten der Willenserklärung	50
II. Das Wirksamwerden der Willenserklärung	52
1. Grundsatz	52
2. Empfangsbedürftige und nichtempfangsbedürftige Willenserklärungen	52
3. Die Abgabe der Willenserklärung	53
4. Der Zugang der Willenserklärung	55
§ 7. Die Willensmängel	64
I. Überblick	65
II. Fehlen des Handlungswillens, des Erklärungsbewusstseins und des Geschäftswillens	66

1. Fehlen des Handlungswillens	66
2. Fehlen des Erklärungsbewusstseins	66
3. Fehlen des Geschäftswillens	68
III. Geheimer Vorbehalt, Scheingeschäft und nichternstliche Erklärung	69
1. Der geheime Vorbehalt (§ 116)	69
2. Das Scheingeschäft (§ 117)	69
3. Die nichternstliche Erklärung (§ 118)	71
IV. Der Irrtum	72
1. Allgemeines	72
2. Die einzelnen Irrtumstatbestände	73
3. Abgrenzungsfragen	77
4. Einschränkungen der Anfechtbarkeit	81
5. Die Anfechtung und ihre Folgen	84
V. Die arglistige Täuschung und widerrechtliche Drohung	84
1. Allgemeines	84
2. Die arglistige Täuschung	85
3. Die widerrechtliche Drohung	89
4. Rechtsfolgen der Willensbeeinflussung durch arglistige Täuschung und widerrechtliche Drohung	92
VI. Allgemeine Regelungen zur Anfechtung	95
1. Begriff der Anfechtbarkeit und der Anfechtung	95
2. Voraussetzungen der Anfechtung	96
3. Anfechtungsrecht, Anfechtungserklärung, Anfechtungsgegner	97
4. Die Wirkungen der Anfechtung	99
5. Bestätigung des anfechtbaren Rechtsgeschäfts (§ 144)	100
§ 8. Der Vertrag	101
I. Allgemeines	102
1. Funktion, Begriff und Arten des Vertrages	102
2. Das Zustandekommen des Vertrages	102
3. Vertragsverhandlungen und Vertragsverhältnis	103
II. Das Angebot	104
1. Die Voraussetzungen des Angebots	104
2. Rechtsfolgen des Angebots	106
III. Die Annahme	109
1. Begriff und Bedeutung der Annahme	109
2. Erklärung der Annahme	110
3. Annahme durch „sozialtypisches Verhalten“	112
4. „Auftragsbestätigung“ und „kaufmännisches Bestätigungsschreiben“	113
IV. Sonderregelungen für den Widerruf einer Vertragserklärung	115
1. Die verbraucherschützenden Widerrufsrechte	115
2. Widerrufserklärung, Widerrufsfrist und Widerrufsbelehrung	116
3. Rechtsnatur und Rechtsfolgen des Widerrufs	116
V. Der Einigungsmangel (Dissens)	117
1. Die Einigung als Wesensmerkmal des Vertrages	117
2. Der offene Dissens	117
3. Der versteckte Dissens	118
VI. Vertragsfreiheit und Kontrahierungszwang	119

VII.	Vorvertrag und Optionsvertrag	121
1.	Der Vorvertrag	121
2.	Der Optionsvertrag	122
3.	Exkurs: Die Festofferte	123
VIII.	Der Vertragsschluss im Internet	123
1.	Einführung	123
2.	Das Zustandekommen des Vertrages im Internet	123
3.	Wirksamkeit von Willenserklärungen	125
§ 9.	Die Auslegung des Rechtsgeschäfts	127
I.	Begriff und Bedeutung der Rechtsgeschäftsauslegung	128
II.	Auslegungsgegenstand und Auslegungsmittel	128
III.	Auslegungsziele	129
1.	Die möglichen Auslegungsziele und die Bedeutung der Interessenlage	129
2.	Die Auslegung von Testamenten	129
3.	Die Auslegung von empfangsbedürftigen Willenserklärungen	129
4.	Die Auslegung von Erklärungen an die Allgemeinheit	131
IV.	Einzelne allgemeine Auslegungsgrundsätze	131
1.	Das Verbot der Buchstabenauslegung	131
2.	Das Gebot der Berücksichtigung von Treu und Glauben und der Verkehrssitte (§ 157)	132
3.	Der Vorrang des übereinstimmend Gewollten	132
4.	Die Auslegung formgebundener Erklärungen	133
V.	Die ergänzende Vertragsauslegung	134
1.	Vorrang der Vertragsergänzung durch dispositives Recht	134
2.	Anwendungsbereich und Funktion der ergänzenden Vertragsauslegung	135
3.	Ergänzende Vertragsauslegung und Grundsätze über die Geschäftsgrundlage	136
§ 10.	Die Geschäftsfähigkeit	137
I.	Geschäftsfähigkeit, Geschäftsunfähigkeit, beschränkte Geschäftsfähigkeit und Betreuung	137
1.	Die Geschäftsfähigkeit	137
2.	Die Geschäftsunfähigkeit	137
3.	Die beschränkte Geschäftsfähigkeit	138
4.	Die Betreuung	138
II.	Die Rechtsfolgen der Geschäftsunfähigkeit	139
III.	Die Rechtsfolgen der beschränkten Geschäftsfähigkeit	140
1.	Die Abgrenzung von zustimmungsfreien und zustimmungsbedürftigen Rechtsgeschäften	141
2.	Die Einwilligung	146
3.	Die Rechtsfolgen fehlender Einwilligung	149
4.	Die Handels- und Arbeitsmündigkeit	150
§ 11.	Die Vertretung	152
I.	Allgemeines	152
1.	Begriff und Funktion der Vertretung	152
2.	Voraussetzungen und Folgen der Vertretung	153

3. Zulässigkeit der Vertretung	154
4. Anwendungsbereich der Vertretung	154
5. Abgrenzung	154
II. Das Handeln in fremdem Namen	155
1. Abgabe einer eigenen Willenserklärung (Abgrenzung zum Boten) ..	155
2. Auftreten in fremdem Namen (Offenkundigkeitsprinzip)	156
3. Das „verdeckte Geschäft für den, den es angeht“	157
4. Die „mittelbare Stellvertretung“	158
5. Das „Handeln unter fremdem Namen“	158
III. Die Vollmacht	159
1. Begriff und Erteilung der Vollmacht	159
2. Vollmacht und Innenverhältnis	160
3. Form der Vollmacht und Vertretergeschäft	160
4. Vollmacht und Willensmängel	161
5. Erlöschen der Vollmacht	162
IV. Die Vollmacht kraft Rechtsscheins, insbesondere die Duldungs- und Anscheinvollmacht	165
1. Gesetzlich geregelte Fälle der Rechtsschein vollmacht	165
2. Duldungs- und Anscheinvollmacht	167
3. Weitere Voraussetzungen der Rechtsschein vollmacht	170
V. Das Vertretergeschäft	171
1. Auslegung	171
2. Willensmängel	172
3. Kennen und Kennen müssen von Umständen	172
4. Erweiterte Wissenszurechnung	173
VI. Umfang und Grenzen der Vertretungsmacht	175
1. Der Umfang der Vertretungsmacht	175
2. Einzel- und Gesamtvertretung	177
3. Der Missbrauch der Vertretungsmacht und die Kollusion	178
4. Das Insichgeschäft	179
VII. Handeln ohne Vertretungsmacht	180
1. Die Folgen für das Vertretergeschäft	180
2. Die Haftung des Vertreters (§ 179)	182
3. Das Verhältnis zwischen Vertreter und Vertretenem	185
4. Das Verhältnis zwischen Vertretenem und Drittem	185
§ 12. Die Form des Rechtsgeschäfts	186
I. Die Formfreiheit als Grundsatz	186
II. Gesetzliche und gewillkürte Form	186
III. Die Formzwecke	187
IV. Die Arten der Form	188
1. Die schriftliche Form (§§ 126, 127)	188
2. Die elektronische Form (§§ 126a, 127 I, III)	190
3. Die Textform (§§ 126b, 127 I)	191
4. Die öffentliche Beglaubigung (§ 129)	192
5. Die notarielle Beurkundung (§§ 127a, 128)	192
V. Die Nichteinhaltung gesetzlicher Formvorschriften	193
1. Nichtigkeit als Folge des Formverstoßes	193

2. Heilung des Formmangels	193
3. Unbeachtlichkeit der Formverletzung aus Billigkeitsgründen?	194
VI. Nichteinhaltung der gewillkürten Form	195
§ 13. Der Inhalt des Rechtsgeschäfts	196
I. Allgemeines	196
1. Einschränkungen der rechtsgeschäftlichen Gestaltungsmacht	196
2. Einschränkungen der inhaltlichen Gestaltungsfreiheit	198
II. Der Verstoß gegen ein gesetzliches Verbot (§ 134)	199
1. Allgemeines	199
2. Vorliegen eines Verbotsgegesetzes	200
3. Rechtsfolgen	201
4. Die Gesetzesumgehung	202
III. Der Verstoß gegen die guten Sitten (§ 138)	203
1. Der Begriff der „guten Sitten“	203
2. Die Feststellung der Sittenwidrigkeit	204
3. Fallgruppen	205
4. Die Rechtsfolgen der Sittenwidrigkeit	208
IV. Das Wuchergeschäft (§ 138 II)	210
1. Der Tatbestand des Wuchergeschäfts	210
2. Die Rechtsfolgen	212
§ 14. Zustimmung, Bedingung und Befristung	213
I. Die Zustimmung	213
1. Begriff und Bedeutung der Zustimmung	213
2. Einzelheiten zur Zustimmung	214
3. Die Verfügung eines Nichtberechtigten	215
4. Die „Ermächtigung“	216
II. Die Bedingung	218
1. Begriff und Bedeutung der Bedingung	218
2. Die Zulässigkeit der Bedingung	219
3. Die Wirksamkeit der Bedingung	220
4. Die Wirkungen der Bedingung	220
III. Die Befristung	223
IV. Exkurs: Die Berechnung von Fristen und Terminen	223
§ 15. Das unwirksame Rechtsgeschäft	224
I. Die Nichtigkeit	224
1. Begriff und Bedeutung der Nichtigkeit	224
2. Die Teilnichtigkeit (§ 139)	225
3. Die Umdeutung (§ 140)	227
4. Die Bestätigung des nichtigen Rechtsgeschäfts (§ 141)	229
II. Die schwebende Unwirksamkeit	231
III. Die relative Unwirksamkeit	231
IV. Nichtigkeit und Gestaltungsrechte	232
§ 16. Die Verwendung von Allgemeinen Geschäftsbedingungen	232
I. Allgemeines	233
II. Der Begriff der „Allgemeinen Geschäftsbedingungen“	234

1. Die gesetzliche Definition (§ 305 I 1)	234
2. Abgrenzung zur Individualabrede (§ 305 I 3)	235
III. Sonderregelung für Verbraucherverträge	236
1. Begriff des „Verbrauchervertrags“	236
2. Kontrolle von „Drittbedingungen“ (§ 310 III Nr. 1)	237
3. Kontrolle von „Einmalbedingungen“ (§ 310 III Nr. 2)	237
4. Erweiterte Inhaltskontrolle (§ 310 III Nr. 3)	237
IV. Die Einbeziehung von AGB in den Vertrag	237
1. Die Einbeziehungsvereinbarung	237
2. Exkurs: Kollidierende AGB	238
V. Überraschende Klauseln	239
VI. Die Auslegung von AGB	240
1. Der Grundsatz der objektiven Auslegung	240
2. Der Vorrang der Individualabrede (§ 305b)	240
3. Die Unklarheitenregel (§ 305c II)	241
VII. Die Inhaltskontrolle von AGB und das Umgehungsverbot	242
VIII. Rechtsfolgen bei Nichteinbeziehung und Unwirksamkeit von AGB	243

3. Kapitel. Das subjektive Recht

§ 17. Rechtsverhältnis und subjektives Recht	245
I. Das Rechtsverhältnis	245
1. Begriff	245
2. Inhalt	245
3. Entstehen, Änderung und Ende	245
II. Das subjektive Recht	246
1. Begriff und Bedeutung	246
2. Arten	246
3. Erwerb und Verlust	249
4. Die Rechtsausübung	251
5. Grenzen der Rechtsausübung	251
III. Pflichten und Obliegenheiten	253
1. Pflichten	253
2. Obliegenheiten	254
§ 18. Anspruch, Einwendung und Einrede	254
I. Anspruch	254
1. Begriff und Bedeutung des Anspruchs	254
2. Arten des Anspruchs	255
3. Anspruchsgrundlage	255
4. Allgemeine Regeln	255
5. Mehrheit von Ansprüchen und Anspruchsgrundlagen	255
II. Einwendungen und Einreden	256
1. Einwendungen	256
2. Einreden	256
3. Berücksichtigung von Einwendung und Einrede im Prozess	257
III. Die Einrede der Verjährung	257
1. Begriff und Zweck der Verjährung	257

2. Anwendungsbereich der Verjährung	258
3. Verjährungsfristen	258
4. Beginn der Verjährung	259
5. Verjährungshindernisse	260
6. Wirkungen der Verjährung	261
7. Regelung der Verjährung durch Rechtsgeschäft	262
§ 19. Rechtsdurchsetzung und Rechtsschutz	263
I. Der staatliche Rechtsschutz	263
1. Erkenntnisverfahren	263
2. Vollstreckungsverfahren	263
3. Verfahren des einstweiligen Rechtsschutzes	263
II. Selbstverteidigung (Notwehr, Notstand) und Selbsthilfe	264
1. Überblick	264
2. Notwehr	264
3. Notstand	265
4. Selbsthilfe (§§ 229–231)	267
4. Kapitel. Die Rechtssubjekte	
§ 20. Die natürlichen Personen	269
I. Der Mensch als Rechtssubjekt	269
II. Die Rechtsfähigkeit des Menschen	269
1. Begriff und Bedeutung der Rechtsfähigkeit	269
2. Beginn der Rechtsfähigkeit	269
3. Ende der Rechtsfähigkeit	270
4. Beweisfragen und Todeserklärung	270
5. Rechtsfähigkeit und Handlungsfähigkeit	270
6. Rechtsfähigkeit und Parteifähigkeit	271
III. Der Wohnsitz	271
1. Begriff und Bedeutung	271
2. Gewählter und gesetzlicher Wohnsitz	272
IV. Name und Namenschutz	272
1. Begriff und Arten des Namens	272
2. Das Namensrecht	273
3. Der Schutz des Namens	273
4. Die Ausdehnung des Namenschutzes	275
V. Der allgemeine Persönlichkeitsschutz	275
§ 21. Juristische Personen	276
I. Allgemeines	276
1. Begriff und Bedeutung	276
2. Arten und Entstehung der juristischen Person	277
3. Die Relativierung der juristischen Person	278
II. Der rechtsfähige Verein	279
1. Entstehung	279
2. Mitgliedschaft	280
3. Organisation und Willensbildung	282
4. Vertretung und Haftung	285

5. Haftung von Vorstandsmitgliedern	288
6. Erlöschen, Auflösung und Verlust der Rechtsfähigkeit des Vereins ..	289
III. Der nichtrechtsfähige Verein	289
1. Allgemeines	289
2. Teilnahme am Rechtsverkehr	290
3. Rechtsverfolgung gegen und durch den Verein	290
4. Haftung	290
IV. Die Stiftung	291
1. Begriff und Bedeutung	291
2. Entstehen, Verfassung und Erlöschen der Stiftung	292
5. Kapitel. Die Rechtsobjekte	
§ 22. Rechtsobjekt, Vermögen und Unternehmen	294
I. Die Rechtsobjekte	294
1. Begriff und Bedeutung	294
2. Abgrenzung	294
II. Das Vermögen	295
1. Begriff	295
2. Bedeutung	295
III. Das Unternehmen	297
1. Begriff	297
2. Bedeutung	297
§ 23. Sache, Bestandteil, Zubehör und Nutzungen	298
I. Die Sachen	298
1. Begriff und Abgrenzung	298
2. Arten	299
II. Einzelsache und Sachgesamtheit	300
III. Die Bestandteile	300
1. Begriff	300
2. Arten	301
3. Rechtliche und wirtschaftliche Bedeutung	302
IV. Das Zubehör	303
1. Begriff	303
2. Rechtliche Bedeutung	304
V. Nutzungen, Früchte und Lasten	304
1. Begriffe	305
2. Bedeutung	306
Anhang. Technik der Fallbearbeitung	307
I. Vorbereitung der Niederschrift	307
II. Aufbau und Gestaltung der Niederschrift	309
III. Muster eines Falles mit Lösung	312
Sachverzeichnis	315